

Pressemeldung vom 5. November 2014

Gemeinsamer Forderungskatalog: Gewerkschaften, Wohlfahrts-, Sozial- und Kulturverbände zum Länderfinanzausgleich

Mit einem gemeinsamen Aufruf hat sich heute ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Wohlfahrt, Sozial- und Kulturverbänden an Bund und Länder gewandt, die derzeit die Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen verhandeln. Mit der anstehenden Reform müsse endlich die strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte beendet werden, fordert das Bündnis. Um Angebote der sozialen und kulturellen Daseinsvorsorge zu sichern, Gestaltungsspielräume vor Ort auszubauen und notwendige Investitionen zu ermöglichen, sei ein grundlegender Richtungswechsel in der deutschen Investitions- und Steuerpolitik erforderlich.

DGB, Deutscher Kulturrat, Diakonie und Paritätischer Wohlfahrtsverband sowie die Sozialverbände VdK und Volksolidarität, die erstmals gemeinsam an die Öffentlichkeit treten, warnen vor einer wachsenden sozialen und regionalen Zerrissenheit und den Folgen fehlender Gestaltungsspielräume vor Ort angesichts knapper Kassen und Schuldenbremse. In den vergangenen Jahren seien notwendige Investitionen versäumt worden. Die Folgen dieser Zurückhaltung drohten dem Gemeinwesen nun teuer zu stehen zu kommen, heißt es in dem Aufruf.

Das Bündnis fordert u.a. die Weiterentwicklung des Solidaritätszuschlags sowie eine aufgabenadäquate Finanzausstattung für Bund, Länder und insbesondere auch Kommunen. Ausreichende und qualitativ gute Angebote der Daseinsvorsorge sowie notwendige Investitionen in Verkehr, Soziales und Kultur sollen künftig ausreichend finanziert werden. Die Verbände warnen Bund und Länder davor, die anstehende Reform des Länderfinanzausgleichs für weitere Haushaltskürzungen durch die Hintertür oder für Eigeninteressen einzelner Bundesländer zu missbrauchen. Eine Neuregelung der deutschen Finanzverfassung dürfe sich nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner beschränken. Sie müsse der Sicherung von Solidarität und Nachhaltigkeit verpflichtet sein und sich an dem Ziel guter Lebens- und Arbeitsbedingungen für alle messen lassen, so die Unterzeichner.

**Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer
Der Paritätische Gesamtverband:**

„Die Tabuisierung von Steuererhöhungen ist der große Geburtsfehler der Großen Koalition. Wenn die Bundesregierung nicht tatenlos zusehen will, wie in Deutschland ganze Regionen sozial und kulturell veröden, muss sie endlich den Mut zu einem steuerpolitischen Kurswechsel finden. Soll der Bund-Länder-Finanzausgleich den Menschen vor Ort wirklich etwas bringen, muss er eingebettet sein in eine nachhaltige, faire und solidarische Steuerpolitik.“

**Stefan Körzell,
Mitglied DGB Bundesvorstand:**

„Wenn weiter wesentliche Aspekte gesellschaftlich notwendigen Handlungsbedarfs unberücksichtigt bleiben, laufen Bund und Länder Gefahr, nach dem Prinzip «rechte Tasche, linke Tasche» nur zu einer anderen Verteilung des Mangels zu gelangen. Es führt kein Weg vorbei an nachhaltig höheren Steuereinnahmen – wir brauchen eine wiederbelebte Vermögensteuer und eine weniger löchrige Erbschaftsteuer. Die starken Schultern müssen endlich wieder mehr tragen. Eine Sanierung der öffentlichen Haushalte zu Lasten der Sozialkassen darf es nicht geben.“

**Olaf Zimmermann,
Geschäftsführer Deutscher Kulturrat:**

„Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Eine öffentlich finanzierte kulturelle Infrastruktur ist ein wesentlicher Bestandteil der Daseinsvorsorge und unverzichtbar für das kulturelle Leben. Die Teilhabe an Kunst und Kultur muss allen Menschen ermöglicht und Kultur und Soziales dürfen dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden. Im Kulturbereich sind vor allem die Kommunen für die kulturelle Daseinsvorsorge verantwortlich. Die freiwillige Leistung Kultur bedeutet nicht, dass es sich hierbei um eine nachrangige Aufgabe handelt, sondern sie gehört zum Kernbestand der kommunalen Selbstverwaltung. Die Städte und Gemeinden müssen auskömmlich finanziert werden, um im Sozialen, im Sport und in der Kultur ihrer Verantwortung für die Daseinsvorsorge gerecht werden zu können“

**Ulrich Lilie,
Präsident Diakonie Deutschland:**

„Ein Wohlstandsgefälle von Ländern und Kommunen darf nicht zu einem Chancengefälle für die Menschen führen.“

**Ulrike Mascher, Präsidentin
Sozialverband VdK Deutschland:**

„Wir brauchen gleichwertige Lebensverhältnisse innerhalb Deutschlands. Die Bundesbürger haben ein Anrecht darauf, dass die Länder bzw. die Kommunen die ihnen übertragenen Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge in gleichwertiger Qualität erledigen. Deshalb muss die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs solidarisch ausgestaltet sein. Die sozialen Standards müssen bundesweit gelten und dürfen nicht abhängig von der Kassenlage des jeweiligen Landes bzw. der jeweiligen Kommune sein, etwa bei den notwendigen Unterstützungs- und Versorgungsangeboten für die steigende Zahl älterer Menschen. Das kann weiterhin nur durch Transferleistungen aus steuerstarken Bundesländern an finanzschwache Länder erreicht werden.“

**Dr. Frank-Michael Pietzsch,
amtierender Präsident Volkssolidarität:**

„Ein künftiger Länderfinanzausgleich darf das in den neuen Bundesländern Erreichte nicht in Frage stellen. Vor allem die Kommunen brauchen Investitionen in eine für die Bürger bezahlbare soziale Infrastruktur. Solidarität, Nachhaltigkeit und gerechte Lastenverteilung auf allen Ebenen müssen die Leitgedanken einer Neuregelung für die Finanzbeziehungen sein.“

Pressekontakte für Rückfragen:

Der Paritätische Gesamtverband, Pressestelle, Tel. 030 / 24 636-305, pr@paritaet.org

DGB, Abteilung Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit, Tel. 030 / 24060-216, jan.piegsa@dgb.de

Deutscher Kulturrat, Tel. 030 / 226 05 28-0, o.zimmermann@kulturrat.de

Diakonie Deutschland, Pressestelle, Tel. 030 / 65211-1780, pressestelle@diakonie.de

Sozialverband VdK Deutschland, Pressestelle, Tel. 030 / 72629-0400, presse@vdk.de

Volkssolidarität Bundesverband, Pressestelle, Tel. 030 / 27897-121, pressestelle@volkssolidaritaet.de